

Der städtische Voranschlag für 1931.

Der Wiener Stadtsenat setzte heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die Beratung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1931 fort. An Stelle des Gemeinderates Zimmerl, der bekanntlich sein Mandat zurückgelegt hat, ist heute zum ersten Male Gemeinderat Stöger im Finanzausschuss erschienen.

Zur Verhandlung gelangt die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten. Das Referat erstattet amtsführender Stadtrat Richter. Er führt aus, dass auf dem Gebiete der Kehrichtverbrennung die Versuche fortgesetzt werden. Es werde ein kleiner Kehrichtverbrennungssofen aufgestellt, der für die Verbrennung des Kehrichts aus dem Karl Marx-Hof bestimmt sei. Bei den Versuchen soll festgestellt werden, wie weit der Kehricht verbrennbar sei. Auf dem Gebiete der Strassenreinigung werde die schon seit Jahren durchgeführte Ausgestaltung fortgesetzt. Es werden ein neuer selbsttätiger Kehrichtsammelzug und ein neuer Kehrzug in den Dienst gestellt werden. Für das kommende Jahr sei wie bisher vorgesehen, wieder 500.000 Quadratmeter Strassenfläche neu zu pflastern, zu makadamisieren oder zu asphaltieren. Gegenüber früheren Verhältnissen könne heute in Bezug auf die Beschaffenheit der Wiener Strassen bereits eine bedeutende Verbesserung festgestellt werden. Die Installierung der elektrischen Strassenbeleuchtung an Stelle der Gasbeleuchtung werde in normalem Umfange fortgesetzt. Der 7. und 8. Bezirk seien bereits vollständig mit elektrischer Strassenbeleuchtung versehen. Die Montierung der Augartenbrücke sei bereits vollendet; die Brücke werde voraussichtlich Ende April dem Verkehr übergeben werden. Der moderne Kanalbau werde im bisherigen Ausmasse fortgesetzt. Die alten Ziegelkanäle werden entfernt und an ihre Stelle moderne Betonkanäle gebaut.

Gemeinderat Angermayer erklärt, dass sich die Gemeinde durch die Führung einzelner Betriebe im Rahmen der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten in ihrem Kampfe gegen die Privatwirtschaft auslebe. In dieser Verwaltungsgruppe werden Betriebe geführt, die die Privatwirtschaft konkurrenzieren sollen, dann Betriebe, die als Preisregulatoren gedacht seien, und schliesslich Betriebe, die reine Hoheitsverwaltungsmachen betreffen. Die gegen die Privatwirtschaft gerichteten Betriebe versagen durchwegs alle. So lassen zum Beispiel die städtischen Dampfbäder ihre Wäsche nicht in der städtischen Dampfwäscherei waschen, sondern waschen ihre Wäsche selbst. Dies deswegen, weil sie für das Waschen eines Kilogramms Wäsche in der städtischen Wäscherei 25 Groschen zahlen müssten, während es ihnen selbst nur auf 19 bis 21 Groschen zu stehen komme. Es wäre im dringendsten Interesse der Privatwirtschaft gelegen, solche städtische Betriebe aufzulassen und die durch sie besorgten Arbeiten von privatwirtschaftlichen Unternehmungen ausführen zu lassen.

Stadtrat Biber verweist auf die Notlage, in der sich die Bildhauer befinden, und wünscht, sie in reichlicherem Masse als bisher für Gemeindearbeiten heranzuziehen. Er bemängelt, dass bei Strassenarbeiten in vielen Fällen bedeutende Verkehrsstrassen oft wochenlang abgesperrt werden. Mit einer solchen Rücksichtslosigkeit gegenüber den Anforderungen des Grossstadtverkehrs müsse unbedingt aufgeräumt werden. Auch in Bezug auf die Kehrichtablagerung müsse eine Aenderung eintreten. Die Gemeinde müsse sich ernster als wie bisher mit der Frage der Kehrichtablagerung beziehungsweise Kehrichtverbrennung befassen. Auf dem Gebiete der Wasserversorgung müsse alles vorgesorgt werden, um eine geregelte Versorgung Wiens mit Wasser sicher zu stellen. Auf keinem Falle könne geduldet werden, dass durch die Führung verschiedener Betriebe in den Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten die Privatwirtschaft schwer geschädigt werde. Solche Betriebe müssen unbedingt aufgelassen werden. Er stellt den Antrag, zum Zwecke der Beurteilung der bei öffentlichen Ausschreibungen einlangenden Angebote eine Beratungskommission zu errichten. Über deren Zusammensetzung und Einrichtung habe der Magistrat an die zuständigen Ausschüsse zu berichten.

Vizebürgermeister Hoss bemerkt, dass die Strassenbesprengung, wenn sie einen Erfolg haben soll, systematisch durchgeführt werden müsse. Hinsichtlich der Strassenerhaltung und Strassenherstellung tadelt der Redner, dass sich noch sehr viele Strassen in schlechtem Zustande befinden. Es wäre sehr wünschenswert, den Kehricht in regelmässigen Zeitabschnitten abführen zu lassen. Zu grosse Intervalle dürfen dabei unter keinen Umständen eintreten,